

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwkBundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur

GZ 10.000/0065-III/4a/2005

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 WienXXII. GP.-NR
3006 /AB
2005 -07- 12
zu 3049 /J

Wien, 12. Juli 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3049/J-NR/2005 betreffend Evaluierung der Bundesmuseen, die die Abgeordneten Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen am 12. Mai 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1.:

Jedem Direktor bzw. jeder Direktorin sowie den Vorsitzenden der Kuratorien wurde der jeweilige Teil des Evaluierungsberichtes mit dem Ersuchen übermittelt, die Empfehlungen zu prüfen und in den Vorhabensberichten zu berücksichtigen.

Ad 2.:

Die Evaluierungsstudie wurde den Betroffenen, d.h. den Museumsdirektoren/innen und deren Kuratorien zur Kenntnis gebracht.

Ad 3.:

Mit allen Museumsdirektoren/innen.

Ad 4. und 5.:

Die Bundesmuseen und deren Kuratorien haben den Evaluierungsbericht und den Auftrag erhalten, die Empfehlungen zu prüfen und in ihren Vorhabensberichten zu berücksichtigen. Es sind Berichte über die Umsetzung der Empfehlungen vorzulegen.

Ad 6.:

Die betriebswirtschaftliche Studie hat das Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Häuser sowie Möglichkeiten der Optimierung von Strategien und Planungen aufzuzeigen, um wirtschaftliche Potenziale in Zukunft noch besser nutzen zu können.

Ad 7.:

Die zuständigen Beamten.

Ad 8.:

Die Studie zur Bewertung der wirtschaftlichen Gestion der österreichischen Bundesmuseen liegt vor.

Ad 9.:

Die betriebswirtschaftliche Evaluierungsstudie wurde den Museumsdirektoren/innen und den Kuratoriumsvorsitzenden im Rahmen einer Arbeitssitzung präsentiert und gemeinsam diskutiert.

Ad 10.:

Es ist nicht vorgesehen, die Studie dem Nationalrat zu präsentieren.

Ad 11.:

Die Direktoren/innen und Vorsitzenden der Kuratorien wurden über die Ergebnisse der Studie in vollem Umfang informiert.

Ad 12.:

Keine.

Ad 13.:

Die Finanzierung erfolgt außerbudgetär im Rahmen einer Public-Private-Partnership (PPP).

Die Bundesministerin:

